WIR WOLLEN

FRIEDEN

DEMOKRATIE

MENSCHEN_

RECHTE

GLEICHHEIT

INHALTSANGABE:

Frieden auf der Welt und die Türkei

Wer hat welchen Nutzen von der Ausländerfeindlichkeit?

Zur Lage der Türkei

Herausgeber: Die Arbeitsgruppe der türkischen Arbeiter in Ruhrgebiet.

Frieden auf der Welt und die Türkei

Frieden oder Krieg?
Das ist heute die grundlegende Frage der Menschheit.
Entweder leben wir friedlich zusammen oder gehen gemeinsam zugrunde.
Krieg zwischen Iran und Irak, Rüstungsausgaben, die fortgesetzten Friedenvorschläge der Sowjetunion ...
Und was geschieht in der Türkei? Es ist unmöglich, in dieser Hinsicht etwas positives über die Türkei zu sagen.Die Türkei ist ein Land, wo die Friedensanhänger, die Menschen,die die nationale Unabhängigkeit gegen US - Flotten und Militärbasen erkämpfen wollen, zu 10 oder mehreren Jahren Gefängnis verurteilt werden.
Wir enthalten uns jedes weiteren Kommentars.
Der Anzahl nach liegt die Türkei mit ihrem militärischen Personal nach China - USA- Sowjetunion - Indien - Vietnam an der 6. Stelle.
Die Militärausgaben betragen ein Viertel des staatlichen Haushaltes.
65 % der Militärausgaben werden für die Rüstung ausgegeben.
Es gibt in der Türkei 16 Radarstationen für Frühwarnsysteme, die mit den amerikanischen Verteidigungs - und Meldedienst in Verbindung stehen.
Es gibt in der Türkei 60 USA - Verteidigungsbasen, die mit nuklearen Sprengköpfen bestückt sind. Durch das Projekt von SDI steht die Auslieferung von Pershing I - Raketen in die Türkei auf der Tagesordnung.
Die Zuständigen der NATO offenbaren, daß die Türkei dafür sehr geeignet ist.
Außerdem ist die Türkei unter den Ländern, in die man, die in der BRD zur Zeit stationierten 72 Pershing A - Raketen importieren will.
In unserer Heimat sind 20.000 US- amerikanische Soldaten. Nach der Zahl der Streitkräft in der NATO ist die Türkei an 2. Stelle.

TÜSTAV

Nach Auflösung der Cento konnte die USA zwar keinen neuen Pakt gründen,aber sie hat nicht erklärte Bündnisse.

Nach dem Militärputsch am 12. September 1980 stehen die USA zwecks ihres Planes zum Nahen Osten mit der Türkei, Pakistan, Saudi Arabien, Ägypten,Marokko vor allem aber mit Pakistan , in intensiver militärischer Zusammenarbeit.
Diese Länder stehen im US- amerikanischen "Kirkpatrick - Plan" als 3. Länder dafür, dass die USA sie im Golf für ihre politische Hegemonie braucht und ihre Stabilität in diesem Gebiet untergräbt.
Als die USA im Jahre 1983 im Libanon die militärische Infantrie landen ließ,wurde die Basis in Incirlik (Türkei) als Nachschubzentrum für Soldaten und Güter benutzt.
Es gibt zwischen der Türkei und den USA einen militärischen Vertrag zur "Verteidigung und zur Zusammenarbeit". Dieser Vertrag wurde trotz des Widerstandes der gesamten Opposition in der Türkei mit neuen Zufügungen für 5 Jahre verlängert. Durch diesen Vertrag, dessen Bestimmungen vor dem Volk geheim gehalten werden, wird die Türkei zum Zentrum der regionalen Spannungen.
Die USA steigert dadurch die Produktion der chemischen Waffen, gibt dem Projekt SDI einen neuen Schub,erweitert den Einflussbereich der NATO, erhöht die Anzahl der vorhandenen Basen und die Aufgaben der Türkei in der Region als Bewacher.

Die Türkei hat dadurch einen Vertrag unterschrieben wodurch die USA ohne Wissen der türkischen Zuständigen zu den Basen jede Art der Ausstattungen transportieren kann.
Den Äußerungen des US- amerikanischen Botschafters in der Türkei zufolge, die er vor einigen Jahren gemacht hatte, hat die Özal- Regierung mit den USA einen prinziellen Beschluss gefasst, wonach die USA bei einer Krise in einem Land der Golf - Länder, unsere Getreidevorräte nutzen .

Während die Kämpfe zwischen Iran und Irak andauern, bestehen die USA darauf, dass die Türkei bei der Errichtung eines unerschütterlichen Verteidigungssystem im Golfgebiet eine wichtige Rolle spielen soll.

Auf der anderen Seite progagieren die USA und die durch den CIA unterstützten militärischen, chauvinistischen Kreise der Türkei, sich die Gebiete Musul und Kerkük anzueignen.
Sie verbreiten den psychologischen Krieg mit allen Mitteln.
489 von den insgesamt 50.000 Atomsprengköpfen auf der Welt befinden sich in den US - Basen in der Türkei.
Auf der Tagung des Verteidigungs- und Planungskommitees der NATO im Mai wurde trotz aller Opposition die Projekte des Ausbildungszentrums für den Tiefflug und des Ausbildungszentrums der Landstreitkräfte in Mittelanatolien (Konya - Karapinar) wieder auf die Tagesordnung gebracht.
Als die NATO dazu mit den Untersuchungsarbeiten begann, haben sich die Bevölkerung von Karapinar und alle Oppositionsparteien (SHP- Sozialdemokratische Volkspartei, DYP- Partei des richtigen Weges, DSP- demokratische Linkspartei und RR-Wohlstandspartei)durch Gesuche und Proteste gegen dieses Vorhaben geäussert. Der Boden,der eine Ernährungsquelle für über 15.000 Familien darstellt darf nicht zerstört werden und der NATO preisgegeben werden.
Als die Protestaktionen immer mehr wurden, hat der Generalstab erklärt,dass sie selbst Konya der Nato vorgeschlagen haben.
Als die Unzufriedenheit und Gegenaktionen sich vergrösserten, erklärten die Regierungskreise, dass das Thema Konya aufgehoben werde.
Aber diejenigen, die unser Land verkaufen, haben auf der neuen Tagung der NATO unter Zwang die Errichtung der Basen in Konya angenommen.
Stellen wir uns einmal vor: Die Tiefflüge die in der BRD 75 m über dem Boden durchgeführt wurden, hatten riesengrosse Schäden angerichtet.

In Konya sollen die Tiefflüge 15m über dem Boden durchgeführt werden. Dann ist die Frage nicht mehr nur der Lärmbelästigung sondern es wird mehr um das Leben der Lebewesen in diesem Gebiet gehen. Bei der Ausbildung des Tiefluges wird scharfe Munition verwendet. Dafür wird in Konya ein Gebiet von 312 Quadratkilometer enteignet. Mit der Umgebung wird das gesamte Gebiet 88000 Quadratkilometer betragen.
Konya ist die Kornkammer der Türkei. Der Salzsee und die touristische Attraktion in diesem Gebiet werden durch den Bau der NATO - Basen zerstört.

Vor kurzem wurden in Cumra nach einem Tiefflug 500 Häuser gezählt,bei denen die Fensterscheiben sowie Wände stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Das heisst die Fensterscheiben waren alle zerbrochen und die Wände in ihrer Stabilität erschüttert. Menschen fielen in Ohnmacht.
Überlegen Sie mal, was diese Tatsachen zur Folge haben!

Die Türkei aufgrund der Cypernfrage mit Griechenland, mit dem Iran, Irak und Syrien keine guten nachbarlichen und staatlichen Beziehungen.
Die Türkei steht nur in absoluter Abhängigkeit zu den USA. Dieser Zustand ist für die Türkei ein aktuelles Risiko für den Krieg.
Solange das Regime von Eurem Özal existiert und solange in der Türkei keine Demokratie herrscht, wird diese Kriegsgefahr andauern bzw. brisanter werden.
Der Weg der Befreiung unseres Volkes geht nur über den Frieden und nationale Demokratie.
Die Spannung zwischen der Türkei und Griechenland, im Ägaischen Gebiet und die Spannungen im Ostteil des schwarzen Meeres wird von den USA und den Rüstungsmonopolen andauern geschürt.
Sie machen sich im Ägaischen Gebiet ansässig.
Die Hauptquelle der Instabilität im Gebiet sind USA und NATO. Die Völker der Türkei und Griechenlands wollen dass das Ägaische Meer ein Friedensmeer und eine atomwaffenfreie Zone wird.

Von den USA geschürte Spannungen im Ägaischen Gebiet und im Ostteil des schwarzen Meeres stellen nicht nur für diese zwei Länder, sondern für alle Völker eine Gefahr dar.
Die ganzen Friedenskräfte der Welt müssen sich dafür einsetzen, dass diese Spannungen in diesem Teil der Erde abgeschafft werden.
Zwischen den Bevölkerungen der Türkei und Griechenland muss die Solidarität stärker werden.
Das ist möglich. Als der griechische Musiker Mikes Theodorakis in der Türkei war, hat er dort einen Türkisch-Griechischen Freundschaftsverein gegründet. Das Konzert in Köln von Theodorakis und dem türkischen Sänger Zulfi Livaneli sind Beispiele für die existierende Freundschaft zwischen zwei Völkern.
Wir, die türkischen und griechischen Friedensfreunde in der BRD rufen alle Friedenskräfte dieses Landes auf:
Die Bewahrung des Friedens im Ägaischen Gebiet ist eine Gewähr für den Weltfrieden.
Während die Friedensbewegungen gegen Wettrüsten und einen eventuellen Nuklearkrieg , auf der ganzen Welt immer breiter und mächtiger werden, während die UNO alle Länder und Völker der Welt zum Friedensjahr aufruft,ist es in der Türkei nicht zugelassen, dass sich unsere Völker für den Frieder einsetzen. Die gesamte Friedensbewegung der Türkei ist mit dem Regime ab dem 12. September 80 verboten. Der Friedensverein der Türkei ist geschlossen. Die Gründer, die Mitglieder und viele Friedensanhänger wurden und werden verfolgt und verhaftet.

Wir, die Menschen aus der Türkei sind uns darüber bewusst,dass es für die Menschheit heute keine wichtigere Aufgabe gibt als die Schaffung und Bewahrung des gerechten und dauerhaften Weltfriedens.
Wir fühlen auch die eventuelle Gefahr eines Nuklearkrieges an unseren Körpern.
Wir leben im Zeitalter der Atomenergie und Raumfahrt. Durch die Entwicklung der Technik und Wissenschaft wurde unsere gemeinsame Wohnung,

die Erde noch kleiner. Die Staaten der Erde erleben erleben heute viele gemeinsame Gefahren und Probleme. Diese gemeinsamen Probleme und Gefahren drängen uns zu immer engeren Beziehungen zueinander.
Wie realistisch und vernünftig denkende Wissenschaftler heute sagen:
Entweder wir leben friedlich miteinander oder wir gehen gemeinsam zugrunde.
Solche Ängste und Kummer haben auch Arbeiter und deren Familienmitglieder aus der Türkei.
Aus diesen Gründen beteiligen wir uns an der grossen Friedensbewegung in der BRD.
Wir machen auch mit.
Wir bemühen uns tagtäglich darum,dass immer mehr unserer Landsleute sich an der Friedensbewegung beteiligen.

Wer hat welchen Nutzen von der Ausländerfeindlichkeit?

"Ausländerfeindlichkeit richtet sich gegen unsere ausländischen Kollegen. Zugleich ist sie aber ein Knüppel gegen die gesamte Arbeiterschaft. Weil dadurch Solidarität und Kampfbereitschaft geschwächt werden sollen. Weil die Bosse hoffen, so alle Lasten der kapitalistischen Krise leichter auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Sie sind es, die vor allem von der Ausländerfeindlichkeit profitieren." (aus: DKP und ausländische Arbeiter, Sept. '84, S. 9)

Diese Meinung vertreten heutzutage nicht nur Kommunisten, sondern andere Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen. Der geschätzte, demokratische Journalist Günter Wallraff hat durch seine beachtenswerte journalistische Leistung der Öffentlichkeit vor Augen geführt, was die Fortschrittlichen seit Jahren immer wieder betonen, nämlich in welcher schwierigen Lage sich die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland befinden. Er zeigt sehr klar, wer welchen Nutzen von der Ausländerfeindlichkeit hat.

"Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg; sie wohnen in billigen Wohnungen und deshalb bleiben für uns Deutsche nur die teuren Wohnungen über; die Ausländerkinder haben unsere Schulen überfüllt, unsere eigenen Kinder sind zu Minderheiten geworden, man kann keinen Unterricht mehr machen; ...". Alle diese Behauptungen sind nicht stichhaltig, sie sind falsch, sie haben keine wissenschaftliche Basis, sie werden bewußt unter die Öffentlichkeit gebracht, um bestimmte Gedankenverbindungen zu provozieren. Neonazistische und reaktionäre Kräfte hoffen, mit diesen Mottos Anhänger zu finden und in der Öffentlichkeit mehr gehört zu werden, um so die Ausländerfeindlichkeit weiter schüren zu können.

Auf der anderen Seite aber können diese gleichen Kräfte mit ihren türkischen Gesinnungsfreunden, den

Grauen Wölfen und anderen reaktionären Kräften zusammenarbeiten (siehe die Freundschaft zwischen Türkes/Strauß). Solche Beziehungen sind auch der Öffentlichkeit schon lange bekannt.

Die Ausländerf-eindlichkeit zeigt sich nicht nur in den obengenannten Slogans. Sie zeigt sich auch in allen Gesetzen und Handlungen, die gegen die Ausländer gerichtet sind. Die Bundesrepublik Deutschland, die die verschiedenen Menschenrechtserklärungen mitunterzeichnet hat, verletzt selbst die Erklärungsvorschriften. Oder sind etwa bestehende Gesetze wie Ausländerrechte, Bestimmungen für Arbeitsaufnahme, die Förderung der Rückkehr, Bestimmungen für die Familienzusammenführung, Ausschluß vom Wahlrecht u. ä. "keine Beispiele für die Verletzung der Menschenrechte"?

Die KPdT verurteilt jeden Angriff, der gegen die demokratischen, gewerkschaftlichen und sozialen Rechte der einheimischen und ausländischen Werktätigen gerichtet ist. Sie ist auch gegen jede Initiative, die den gemeinsamen Kampf schwächt, egal von welcher Seite sie kommt. Die KPdT unterstützt in ihren Thesen den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse und den demokratischen Kräften des Landes, in das unsere Bürger wegen Arbeitslosigkeit und Zukunftsunsicherheit im eigenen Land auswandern mußten.

An der Arbeitslosigkeit tragen nicht die Ausländer die Schuld!

Wenn die Ausländer für die Arbeitslosigkeit verantwortlich wären, wie erklärt sich dann die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1973 bis September 1985 von 273.000 (1,2 %) auf 2.304.000 (9,4 %) anstieg, hingegen die Zahl der sozialversicherten ausländischen Arbeiter im gleichen Zeitraum von 2.595.000 (11,6 %) auf 1.580.000 (7,8 %) sank?

Oder wie erklärt sich die große Arbeitslosigkeit in denjenigen kapitalistischen Ländern, die keinen

hohen Ausländeranteil haben?

Auch aus anderer Sichtweise ist diese Behauptung nicht haltbar, denn es gilt immer noch nach § 116/19 AFG, daß zuerst die deutschen Arbeiter auf die zu besetzenden freien Stellen vermittelt werden, dann die EG-Ausländer und zum Schluß erst die ausländischen Arbeiter aus anderen Ländern wie der Türkei, Marokko, Jugoslawien; trotzdem nimmt die Massenarbeitslosigkeit ständig zu, das heißt, die Gleichung 'Weniger Ausländer = weniger Arbeitslose' ist schlicht falsch.

Aufgrund von ausländerrechtlichen Bestimmungen sind ausländische Arbeiter außerdem eher dazu gezwungen, Schmutz- und Dreckarbeiten anzunehmen.

Schenkung in Milliardenhöhe an die Bundesrentenkasse!

Die Ausländer arbeiten unter sehr schwierigen Bedingungen und führen zudem ihr Leben in einem ungewohnten Klima. Deshalb denken sicher z. B. viele Menschen aus der Türkei seit ihrer Ankunft jeden Augenblick an die Rückkehr. Sie planen ihre Zukunft bezüglich ihres Rentenalters immer unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Türkei. Wie bei allen bilateralen Abkommen zwischen der Türkei und der BRD ist auch dieses Abkommen bezüglich der Rente langfristig zum Nachteil für die Arbeiter aus der Türkei. Oberflächlich betrachtet, scheinen sie zu Gunsten der Arbeiter getroffen zu sein.

In der Türkei können Arbeiter schon mit 55 Jahren (Männer) bzw. 50 Jahren (Frauen) in Rente gehen. Nach türkischen Bestimmungen gilt dies auch für die im Ausland Beschäftigten. Dafür müssen sie aber in die türkische Rentenkasse Beiträge nachzahlen. Um diese Beiträge nachzahlen zu können, beantragen diejenigen, die zurückkehren wollen, um in der Türkei in Rente zu gehen, ihre Beitragszahlungen von der bundesdeutschen Rentenkasse zurück, was nach dem

Abkommen zwischen der Türkei und der BRD auch möglich ist.

Sie erhalten aber nur die selbstgezahlten Beiträge, nicht den Arbeitgeberanteil, nicht die Zinsen.

Nach Schätzungen beträgt die Differenz zwischen den den Rückehrern zustehenden Geldern und den tatsächlich ausgezahlten Geldern über eine Milliarde DM. Die Arbeiter sind also gezwungen, einerseits ihr schwerverdientes Geld der Bundesrentenversicherung zu schenken, andererseits unterstützen sie in erheblichem Maße die türkische Regierung bei der Ausgleichung ihrer Auslandsschulden. Die Gelder der im Ausland tätigen Arbeiter sind für die Geldleiher (IWF) eine große Garantie. So ist die Türkei auch fast immer kreditwürdig geblieben (!). Diese und andere Abkommen müssen unbedingt zugunsten der Arbeiter geändert werden.

Chancengleichheit in der Bildung für Ausländer und Deutsche.

Generell ist die Quote der ausländischen Kinder in den Haupt- und Sonderschulen sehr hoch (ca. 60 %). Man betrachtet diesen Zustand als wäre er ganz normal; so wie es früher als normal angesehen wurde, daß die Arbeiterkinder automatisch in die Hauptschulen abgeschoben wurden. Von den Rechten, die von den gewerkschaftlichen, demokratischen Kräften sehr lange und hart erkämpft wurden, können ausländische Kinder und Jugendliche nicht in genügendem Maße profitieren. Ihre Erziehungsberechtigten werden nicht rechtzeitig und ausführlich genug informiert. Man kann immer noch hören, daß ein ausländischer Vater wünscht: "Ich möchte, daß mein Kind Arzt wird". Er sieht sehr spät, daß sein Kind nicht einmal den Hauptschul-Abschluß schafft. Oder er weiß nicht einmal, daß der Hauptschulabschluß nicht ausreicht, um studieren zu können.

Die alte/neue Herangehensweise "Ich entscheide, wer

Arbeiter wird/bleibt und wer wo studiert" wird nun auch voll bei ausländischen Kindern angewendet. "Wer Arzt, Ingenieur, Rechtsanwalt, Lehrer wird, ... werden wird, entscheide ich!"
Es muß dieser unmenschlichen Praxis entgegengetreten werden. Die ausländischen Kinder, d. h. Arbeiterkinder müssen gefördert werden, die Gesamtschulen, wo alle Kinder einigermaßen unter gleichen Bedingungen zusammenlernen, müssen unterstützt und flächendeckend angeboten werden. Die drei Schultypen müssen abgeschafft werden.

Ausländische Kinder dürfen nicht mehr automatisch in die Sonderschule überwiesen werden, weil sie kein oder nur wenig Deutsch können, und deshalb dann auch keine Chance haben, den Test, der für die deutschen Kinder entwickelt wurde, zu bestehen.

Die Muttersprache, mit der die Kinder ihre Welt zuerst kennenlernen, darf nicht verlernt werden, sondern es muß berücksichtigt werden, wie wichtig sie für die Entwicklung des Kindes ist, welche soziale Rolle sie spielt, welch ein bindender Faktor sie in der ausländischen Familie und in der Gesellschaft ist. Die Muttersprache muß als Pflichtfach unbedingt in die normale Unterrichtsplanung eingebaut werden.

Für die schulische Bildung der ausländischen Kinder sind die Landesregierungen bzw. die Bundesregierung verantwortlich! So wie für die deutschen Kinder. Für alle Bildungsplanungen, Entwicklungen neuer Schulbücher, Lehrerausbildung, Vorbereitung usw. für ausländische Kinder sind die Landesregierungen bzw. die Bundesregierung verantwortlich!

Die Nichtanerkennung des Wahlrechts bedeutet Diskriminierung der Ausländer gegenüber den Deutschen.

Die Bundesrepublik Deutschland, die sich die Maske eines Schützers der Demokratie und der Menschenrechte durch niemanden nehmen läßt, ist gegen die

Teilnahme von 4,5 Millionen Menschen an den politischen Entscheidungen und verhindert sie auch. Das läßt sich mit der Angst der Bundesregierung erklären, die Stimmen der ausländischen Mitbürger, die ja zum großen Teil Arbeiter sind, nicht zu bekommen. Ziel der Bundesregierung ist es , zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Einerseits will sie verhindern, daß die Parteien, die für die Arbeiter, den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt sind, ihren Stimmenanteil erhöhen, andererseits rechnet sie auch damit, daß die Differenzen zwischen Deutschen und Ausländern größer werden und so ihr gemeinsamer Kampf zerschlagen wird. Die Ausländer haben ein Recht darauf, an den Entscheidungen mitzuwirken. Es muß ihnen das Wahlrecht zugestanden werden. Dafür müssen die Deutschen gemeinsam mit den Ausländern kämpfen. Unter den heutigen Bedingungen ist die Durchsetzung des Wahlrechts für Ausländer möglich. Damit wäre die Demokratie in diesem Lande bestimmt ein gutes Stück reicher.

Die im Ausland beschäftigten Menschen müssen auch an den Wahlen in der Türkei teilnehmen dürfen!

Die Ausländer haben neben den Problemen in den zugewanderten Ländern auch Probleme, deren Ursprung in der Heimat liegen. Wie oben schon erwähnt, ist das Prinzip aller Gesetze, die für die im Ausland lebenden Menschen verabschiedet werden, folgendes: "Was kann ich tun, damit sie mehr Devisen ins Land schicken?" Rentengesetze, Bausparverträge, Einfuhrgenehmigungen in Zusammenarbeit mit der staatlichen Zentralbank, staatliche Anleihen für Brücken, Staudämme ... Durch alle diese Gesetze haben die Arbeiter Verluste erlitten. Die türkischen Regierungen zeigen die Ersparnisse der Arbeiter bei der staatlichen Zentralbank als Garantie gegenüber den ausländischen Banken für weitere Schuldenübernahmen. Die Behandlung der Bürger durch die Konsulate ist ein Skandal, ist respektlos! Es wurden und werden auch weiterhin denjenigen die Pässe entzogen, die gegen diese willkürlichen Handlungen der Konsu-

late oder die antidemokratische Situation in der Türkei protestieren.

In diesem Rahmen kann man noch viele Probleme aufzählen. Die türkischen Regierungen spielen weiterhin eine wichtige Rolle für die Zukunft dieser im Ausland lebenden und arbeitenden Menschen. Das bedeutet, daß diese Menschen auch auf die Wahl dieser Regierungen Einfluß nehmen können, d. h. sie müssen wählen dürfen. Daß ihnen das Wahlrecht nicht abzusprechen ist, hat die heutige Özal-Regierung auch eingesehen. So fand sie eine in der Welt einzigartige Lösung: Wahlbeteiligung an den Grenzen. Das heißt, wenn ein im Ausland lebender, arbeitender Mensch zufällig drei Monate (oder weniger) vor der Wahlzeit in die Türkei fährt, darf er an der Wahl teilnehmen.

Was diese Menschen wollen, ist ein uneingeschränktes Wahlrecht von dem Land aus, wo sie leben und arbeiten.

Was wir wollen, ist eine demokratische, die Menschenrechte respektierende Türkei!

Die im Ausland lebenden Menschen aus der Türkei schämen sich für ihr Land wegen der antidemokratischen Handlungen, wegen der Hinrichtungen der jungen Menschen und wegen der Folter in den Gefängnissen. Für die als Verräter abgestempelten Flüchtlinge aus der Türkei treten sie ein. Sie wissen genau, daß die politischen Flüchtlinge keine Vaterlandsverräter sind, sondern im Gegenteil Patrioten, die für ihr Land die Demokratie wünschen, die die Folter ablehnen.

Es ist jedem bekannt, daß diese Menschen, die gezwungen sind, ins Ausland zu gehen und dort zu leben, zu der demokratischen Bewegung in der Türkei viel beigetragen haben und weiter viel beitragen werden. Die Solidarität mit den demokratischen und für den Frieden kämpfenden Kräften in der Türkei ist heute eine von den wichtigsten Aufgaben für uns alle.

Zur Lage der Türkei
-Menschenrechtsverletzungen und Demokratie in der Türkei

Wenn wir über die Türkei unter dem Aspekt Menschenrechte erzählen, müssen wir eigentlich bändeweise Bücher schreiben. Trotzdem einige Beispiele:
- Während in allen europäischen Ländern die Todesstrafe abgeschafft ist, wird sie bei uns sogar an Jugendlichen vollstreckt, die noch nicht einmal wahlberechtigt sind. Man nimmt ihnen das heiligste Menschenrecht, das Recht auf Leben.
- Die Türkei ist das einzigste Land Europas, das Beamten verbietet zu streiken, öffentliche Reden zu halten und eine Gewerkschaft zu gründen, ganz abgesehen davon, dass das Recht, eine Gewerkschaft zugründen, im Vereinsrecht fehlt.
- Bestimmungen, die es Arbeitern verbieten, sich während eines Streiks, sich zu versammeln, und die Streiks praktisch unmöglich, gibt es nur bei uns.
- Das der Besitz eines Buches ein Verbrechen sein kann, das gibt es am Ausgang des 20. Jahrhunderts jedenfalls nur bei uns.
- Sie ist ein Land, in dem man ohne Gerichtsbeschluss ausgebürgert werden kann,
- in dem das Recht auf Privatsphäre und Postgeheimnis unbekannt sind.
- Die Türkei ist das einzigste Land Europas, in dem die kommunistische Partei verboten ist.

Von Oktober 1980 bis heute wurden 49 Personen hingerichtet. In der Türkei des Jahres 1987 warten 146 Todeskandiaten auf ihren Tod.

Nach Erklärungen des Justizministerium sind in 7 Jahren in den Gefängnissen 1147 Menschen gestorben. Vom 12. September, dem Datum des Militärputsches, bis heute sind 14.000 Personen ausgebürgert worden. An 12.000 Personen wurde auch die Aufforderung gerichtet, in die Heimat zurückzukehren.

1.683.000 Menschen sind Auslandsreisen und der Eintritt in das Beamtentum verboten.

300.000 Interlektuelle, Lehrer, Ärzte, und Techniker wurden in diesen 6 Jahren durch Sicherheitsüberprüfungen geschädigt.
Die Bücher sind verboten und die Schriftsteller verhaftet.

In der Türkei des Jahres 1987 wird ein Gymnasiast, der die Theorie Darwins verteidigt, aus der Schule geworfen, ein 34 jähriger Literaturlehrer entlassen, weil er die Schüler in Freistunden Volkslieder von Ruhi Su - einem berühmten türkischen Sänger und Komponisten- hören lies.
Es wird jetzt gegen den Vorsitzenden und 3 Mitglieder der Gewerkschaft Petrol- Is (Gewerkschaft der Mineralölarbeiter) sowie 3 Arbeiter ein öffentlicher Prozess eröffnet, weil sie eine Toilette ausserhalb des Arbeitsplatzes provisorisch gebaut haben.
Der Grund ist dafür das Gesetz über Streik und Aussperrung: Wer während eines laufenden Streiks am Arbeitsplatz oder in der Nähe des Arbeitsplatzes einen Zufluchtsort, etwa eine Baracke, ein Zelt oder dergleichen einrichtet wird mit 1-6 Monaten Gefängnis und Geldstrafe zwischen 5.000 und 15.000 Lira bestraft.

Das Jahr 1987 wurde von der UNO als ein Jahr der Obdachlosen erklärt. In der Türkei beträgt im Jahre 1987 fast 2 Millionen. Jedes Jahr nimmt diese Wohnungsnot um 300.000 zu.
Daneben sind von 4000397 Häusern 1000302 auf ein stabiles Fundament gebaut.
Viele Häuser haben we der Elektrizität, Wasser, Toilette noch Küchen.
In Gecekondus (über Nacht gebaute Unterkünfte) leben Millionen Menschen. Obwohl es gesetzlich verboten ist, werden diese Gecekondus in den meistens von Arbeitern bewohnten Stadtteilen mit Unterstützung der Polizei und Gendarmarie abgerissen. Bei diesen Abrissaktionen werden sogar Kinder und Erwachsene umgebracht.

In den 80er Jahren ist es offizelles Gesetz, die Existen des kurdischen Volkes zu leugnen und seine Rechte zu verweigern. Während in unserem Land über 10 Millionen Kurden leben, schreibt der 3. Artikel unseres Grundgesetzes: " Der türkische Staat, das Land und die Nation sind eine untrennbare Einheit. Seine Sprache ist türkisch."
Artikel 66: "Jeder türkische Staatsbürger ist Türke."
Der längste Ausnahmezustand unseres Landes wird seit 1978 in den Ost- und Südostgebieten angewandt. Das Gericht, das die meisten Todesurteile verhängt, ist das ausserordentliche Militärgericht in Diyarbakir. Tausende von Patioten sind im Kerker, nur weil sie Kurden sind, kurdisch das heisst ihre eigene Muttersprache sprechen oder die demokratischen Rechte ihrer Nation verteidigen. Mit dem sogenannten "Dorfschutz" wurde zum ersten mal eine zivile bewaffenete Macht geschaffen.
Die Kurden sind zur Flucht gezwungen. Das Problem wird heute beim Namen genannt, aber es ist nicht nur ein regionales, soziales und wirtschaftliches Problem, es ist auch ein Nationalitätsproblem.

Wir möchten noch einen weiteren Punkt ansprechen. Es gibt einige neue politischen Entwicklungen in der Türkei. Streiks dauern in großen Rahmen an, Organisationen wie der Verein für Menschenrechte, arbeiten, fortschrittliche Veröffentlichungen kommen heraus. Man muss aber wissen, dass diese Veränderungen der Verdienst tausender türkischer und kurdischer Arbeiter, Jugendlicher, Interlektueller, Frauen und demokratischer Kräfte ist, die sie im Angesicht des Galgens, in der Fabrik, in der Universität, auf dem Marktplatz in einem unermüdlichem und geduldigen Kampf errungen haben.
Man kann in diese Errungenschaften kein Vertrauen setzen, sie können jederzeit zurück genommen werden. Die Türkei von 1987 gehört immer noch zu den wenigen Ländern, die die "Konvention zur Bekämpfung von Folter, schlechter und unmenschlicher Behandlung" der Vereinten Nationen noch nicht unterzeichnet haben.

"Für eine Türkei, die die Menschenrechte ausnahmslos anerkennt"

- Stop der Folter, Bestrafung der Folterknechte
- Allgemeine politische Amnestie
- Aufhebung der Paragraphen 141, 142 und 163
- Gewährung von Gedanken- und Organisationsfreiheit
- Aufhebung der Todesstrafe
- Gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten
- Beendigung der Unterdrückung der Türkisch-Kurdistans
- Rücknahme der dortigen privaten Kommandos und Polizeieinheiten
- Auflösung der Dorfschutzorganisationen
- Wiedereinstellung der aus politischen Gründen suspentierten Arbeitskräften an ihren alten Arbeitsplätzen
- freie Rückkehr in die Heimat für politische Flüchtlinge

Dafür lasst uns als friedliebende und demokratische Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland unsere Unterstützung und Solidarität für den Kampf für Demokratie und Rechte in der Türkei verstärken.

Die Linkskräfte, die Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben, schaffen eine Aktionseinheit.
6 linke Parteien der Türkei und Türkisch-Kurdistans arbeiten in der "Linken Einheit" gemeinsam für die Erringung der Demokratie in unserem Land.

Ein Land, dessen Industrie und Landwirtschaft ruiniert wurde: Die Türkei

Die Industrie und Landwirtschaft unseres Landes werden zerstört. Wir werden Zeuge, wie zum ersten mal in unserer Geschichte Menschen an Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger sterben.
Wir lesen in den Tageszeitungen ständig Nachrichten über die Situation der Arbeitslosen, wie noch ganz junge Menschen aus Hunger Selbstmord begehen.
Daneben lesen wir aber auch Nachrichten, wieviel mehr Profit das ausländische Kapital im Vergleich zu früheren Jahren macht und auf welche Art und Weise der Internationale Währungsfond (IWF) die Richtung unserer Wirtschaft bestimmt.

Im Urlaub erleben wir den wirtschaftlichen Niedergang unseres Landes und die wirtschaftlichen Krise bei uns.
In der Türkei des Jahres 1987 liegt die offizielle Arbeitslosenzahl bei 5 Millionen. Das bringt natürlich nicht nur gesellschaftliche und psychologische Probleme, es ist auch eine Politik der Entpolitisierung. Ein paar Beispiele: Als die Stadt Sivas 70 Arbeitskräfte für die Müllabfuhr suchte, meldeten sich 1271 Personen. Dabei waren die Stellen sogar nur auf 5 Monate befristet.
"Eine Mutter, die kein Geld auftreiben konnte, um Milch für ihr Kind zu kaufen, hat sich selbst verbrannt."
"Ein Vater, der seine Wohnung nicht mehr unterhalten konnte, verkaufte seine Tochter."

Es gibt bei uns ein Sprichwort: "Hungergräber darf es nicht geben." Das heißt, dass niemand an Hunger sterben darf. Sicher, dieses Sprichwort gibt es, doch es klaft die heutige Zeit an.
Während laut professor Merih Celasun die Armutsgrenze in der Türkei bei 100.000 türkischen Lira /TL) liegt, beträgt der Durchschnittslohn eines Arbeiters nur 49.000 TL.

Auf der anderen Seite hat sich die Zahl der Firmengründungen mit ausländischer Kapitalbeteiligungen von 91 im Jahre 1976 auf 610 im Jahre 1986 erhöht. Während ie Summe des ausländischen Kapials das ins Land strömte, in den 16 Jahren von 1964 bis 1979 228 Millionen US-Dollar betrug, lag sie in den 6 Jahren von 1979 bis 1986 bei 1 Milliarden 575 Millionen Dollar.
Das ist der ganze Sinn der Politik des 24. Okt., der den ausländischen Kapital alle Türen sperrangelweit öffnet.
Im Zuge dieser Politk wird der staatliche Wirtschaftssektor langsam beseitigt.
Nach Angaben der Istanbuler Industriekammer gehören von 500 Firmengründungen in der Grossindustrie 406 zum privaten Wirtschaftssektor.
Innnerhalb des privaten Sektors fand eine Konzentration auf den In- und Aussenhandel sowie Finanzanlagen statt.
Die Mehrheit der 406 Gesellschaften sind einer von 3 Firmengruppen zugehörig (KoC, Sabanci, Arbeitsbank).
Obwohl das Jahr 1987 erst halb vorbei ist, liegt die Inflationsrate bereits bei 41,1%.
Dagegen ist der Durchschnittslohn des Arbeiters in den letzten Jahren um 38% zurück gegangen.
Wenn man die Inflation nur für die Lebensmittel für eine 4köpfige Familie betrachtet, so liegt sie in den ersten 6 Monaten von 1987 bei 17,8%.
Die Anteile verschiedener Gruppen am produzierten Nationaleinkommen nach einer Statistik des staatlichen statistischen Instiuts :

Arbeiter und Beamte:	1977	34,1%
	1986	17,7%
In der Landwirtschaft Tätige:	1977	29,1%
	1986	18,1%
Unternehmer:	1977	36,8%
	1986	64,2%

Dazu muss man noch sagen, dass die Lohnabhängigen die einen Anteil von 17,7% am Nationaleinkommen haben, nach amtlicher Feststellung 75 % der Steuern bezahlen.

Während ein Arbeiter 1980 18 Miunten arbeiten musste, um ein Kilo Brot kaufen zu können, musste er dafür 1986 40 Minuten arbeiten,
Für ein Paar Schuhe musste er 1980 32 Stunden 34 Minuten arbeiten, 1986 dagegen 72 Stunden 32 Minuten .
Kurz und gut: Die Wirtschaftspolitik des 24.Januar wurde nach der Forderung des internationalen Währungsfonds (IWF) gestaltet.
Sie dient jetzt stärker den internationalen Monopolen und dem militärisch industriellen Komplex.
In der Hand der özal-Regierung wurde unser schönes Land bis an den Rand des Staatsmonopolkapitalismus getrieben, wobei sich die Monopolisierung verstärkte und die nationale Industrie vernichtet wurde. Die Abhängigkeit unseres Landes von fremden Staaten ist vielschichtiger geworden.

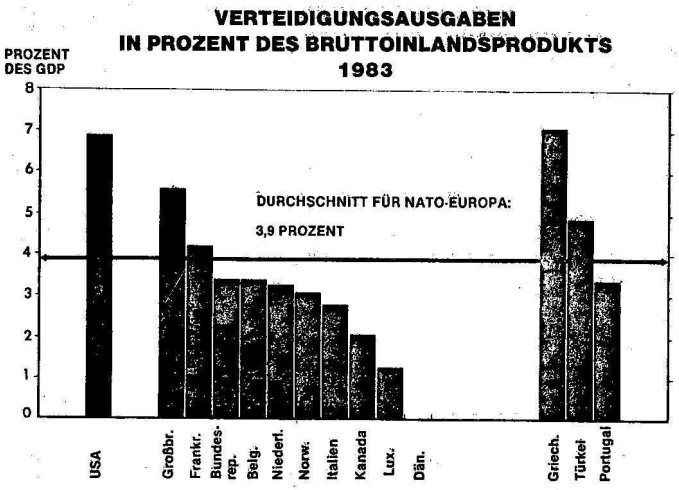
Wir wissen das alles vorhanden ist, damit unser Land den Weg zum Aufschwung und Entwicklung gehen kann, dass Problem ist nur, wessen Interessen zur Grundlage genommen werden.
Eine Alternative zur jetzigen Lage und der Weg dahin liegen auf der Hand.
Man muss die Fesseln der Abhängigkeit von aussen zerreissen und sich unverzüglich von der gegenwärtigen Wirtschaftpolitik abkehren.
Warum sollen ausländische Firmen und ausländische Banken unsere Wirtschaft lenken. Wenn wir uns in dieser Situation fragen, was getan werden kann, lauten unsere Vorschläge folgendermssen:

- Staatliche Kontrolle auf allen wirtschaftlichen Gebieten und in bezug auf alle volkswirtschaftlichen und nationalökonomischen Produkte.

- Keine Genehmigungen für ausländische Banken.
- Vergesellschaftung von 51% der Anteile an allen privaten Banken.
- Als erste Massnahme gegen Arbeitslosigkeit,Verbot von Entlassungen.
- Wirksame Preiskontrolle, Bestimmung fester Preise für Grundnahrungsmittel durch den Staat.
- Erhöhung der Mindestlöhne unter Berücksichtigung der Inflationsrate.
- Demokratische Steuerreform.
- Demokratische Bodenreform.

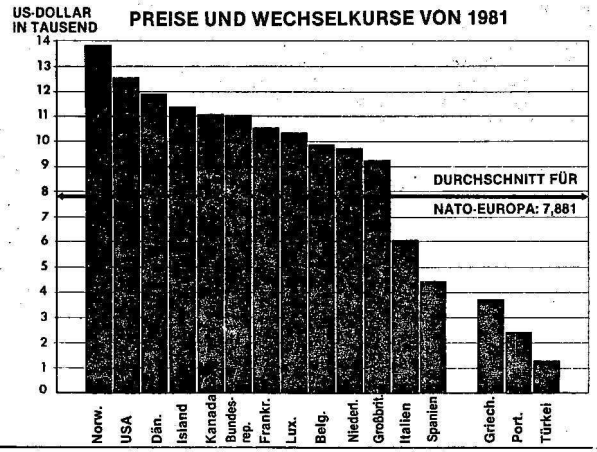
TÜSTAV

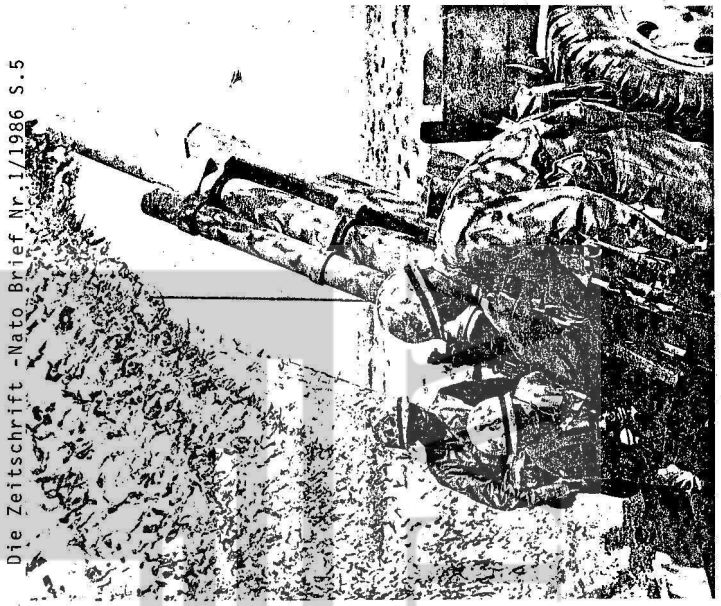
Darstellung 2



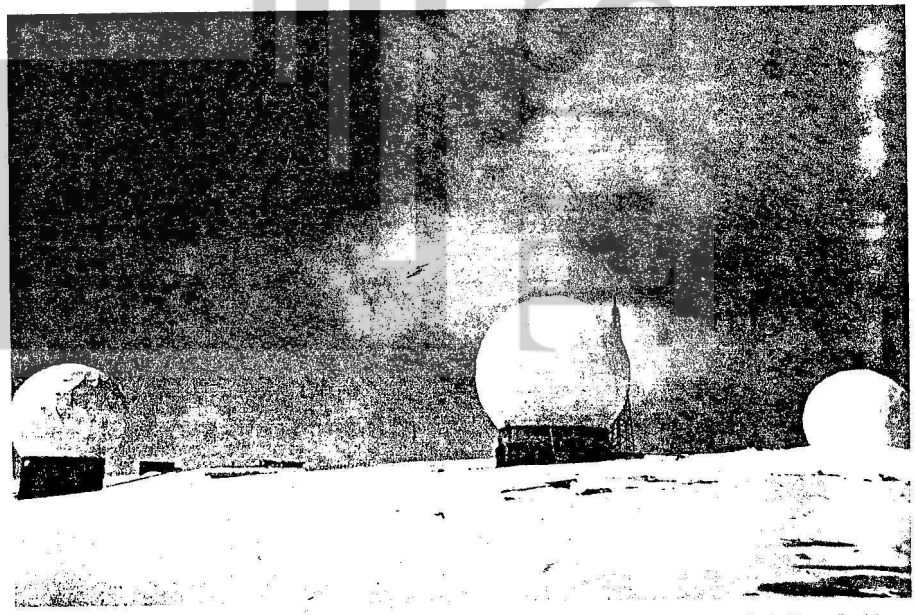
Zahl für Dänemark 1983 nicht verfügbar

Darstellung 1

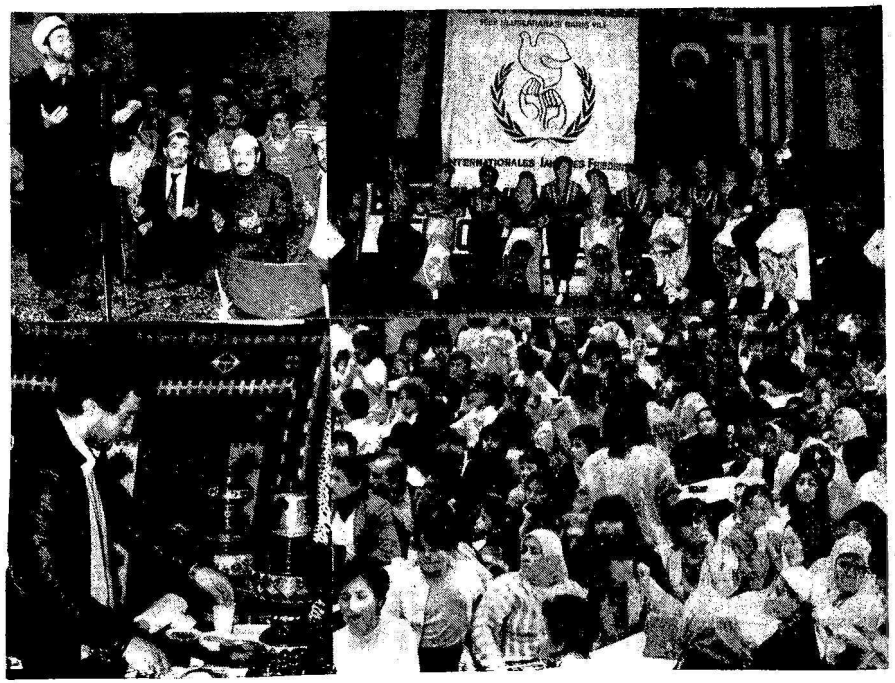




Türkische Streitkräfte nehmen an einer NATO-Übung im Oktober vorigen Jahres teil; die Türkei hat von den europäischen NATO-Mitgliedern das größte Territorium und die größte Armee.



Eine Station der Bodenorganisation der NATO für die Luftverteidigung (NADGE) in der Türkei; sie ist Teil einer Radar-Kette, die sich vom nördlichen Norwegen bis in die Osttürkei erstreckt.



Friedensfest am 1. November 1986 Hans-Sachs- Haus Gelsenkirchen
Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Frieden und Völkerverständigung

Veranstaltung der türkischen Ruhr Initiative zum Jahr des Friedens am 1. November 1986 im Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen mit über 1500 Teilnehmern

Eine Familie, die nach dem Abriss ihres Gecekondus, in Zelten haust

Ausländische und deutsche Arbeiter kämpfen gemeinsam für den Erhalt der Arbeitsplätze

Die Familienangehörigen der Gefangenen wurden bei ihrem Hungerstreik von der Polizei mit Gewalt vertrieben